

Bildungsprogramm für nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Gemeinsame Erklärung der

Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung e.V.	(ANU)
Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung e.V.	(DGU)
Gesellschaft für berufliche Umweltbildung e.V.	(GbU)

Zielsetzung

Mit der globalen Diskussion um die Agenda 21 und ein Sustainable Development steht die Umweltbildung vor veränderten Aufgaben. Sie erfordern die Bündelung der Kräfte im Bereich von Bildung und Erziehung. Den Verbänden der Umweltbildung kommt in diesem Kontext durch das Vertrauen, welches sie bei Lehrenden und Lernenden, in den staatlichen Bildungseinrichtungen, in politischen Organisationen, in den Verwaltungen und Kommunen sowie bei den Medien genießen, eine entscheidende Position zu: Sie können den Entwicklungsprozess hin zur Verwirklichung der Agenda 21 durch Bildungs- und Beratungsmaßnahmen, durch beispielhaftes nachhaltiges Wirtschaften und die Ökologisierung der Bildungseinrichtungen vorantreiben. Die drei genannten Verbände der Umweltbildung haben sich aus diesem Grunde auf ein gemeinsames, zukunftsweisendes Umweltbildungsprogramm verständigt.

Es soll als Baustein der Weiterentwicklung der Umweltbildung im Sinne der Agenda 21

- den unterzeichnenden Gesellschaften Orientierungen in dem neuen Feld der Sustainability bieten und
- andere Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen in der Umweltbildung bei der Zielfindung unterstützen
- in der Bildungspolitik die Diskussion um eine Weiterentwicklung und Etablierung der Umweltbildung unterstützen und
- in der Förderpolitik von Stiftungen, Ministerien und anderen Einrichtungen als Leitlinie für die Bewertung des innovativen Charakters von Anträgen genutzt werden können.

Die Erweiterung der Aufgaben in der Umweltbildung macht selbstverständlich den erreichten Stand der bisher konzipierten und praktizierten Umweltbildung nicht überflüssig. Im Gegenteil: Diese Umweltbildung, die naturwissenschaftliche und technische Fragen der Ökologie populär macht, die sich der Aufklärung von Zusammenhängen in allen umweltrelevanten Bereichen verpflichtet weiß und sich um eine allgemeine Sensibilisierung für Naturphänomene und den Schutz der bedrohten Natur, um ihre Hege und Pflege kümmert, muss ebenso fortgesetzt, besser als bisher in ihrem Fortbestand gesichert und verankert werden sowie

eine größere Verbreitung finden. Dies gilt auch für die Umweltberatung und die Fortbildung des Lehr- und Beratungspersonals im Umweltbereich.

Die notwendige *erweiterte Orientierung der Umweltbildung* resultiert aus den Perspektiven in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie in der Agenda 21 der UNCED 1992 formuliert wurden.

Mit der Orientierung am *sustainable development* geraten neue Leitbilder

- für umweltgerechtes Wirtschaften,
- für einen internationalen, sozialen Ausgleich,
- für veränderte, umweltverträgliche Lebensstile,
- für einen behutsamen Umgang mit der Umwelt und ihren Ressourcen,
- wie die Tragekapazitäten der Natur

in den Fokus der Betrachtung.

Der Weg in die nachhaltige Entwicklung ist nach einhelliger Ansicht von Wissenschaft und Politik durch wissenschaftlich-technische Innovationen allein nicht zu erreichen.

Ohne den Willen der Bürger dieser Welt, ohne ihr gesteigertes Interesse an Veränderungen im Sinne zukunftsfähiger, dauerhafter Entwicklungen werden diese nicht zum Durchbruch gelangen können. Notwendig sind attraktive neue kulturelle Wertorientierungen und neue, nachhaltige Lebensstile und Wirtschaftsformen. Deutlich ausgesprochen wird dies in den Kapiteln 36 und 4 der Agenda 21.

In Deutschland wurde die Bedeutung der Umweltbildung vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen in den Umweltgutachten von 1994 und 1996 spezifiziert. Durch den Beschluss des Deutschen Bundestages "Umweltbildung und Umweltwissenschaften" vom Juni 1994 - auch unter Rückbezug auf die Entschlüsse der EG-Bildungsminister von 1988 und 1992 - wird eine Stärkung der Umweltbildung im Kontext des Sustainable Development ausdrücklich gefordert. Die Umweltministerkonferenz fasste am 12./13. Juni 1996 einstimmig den Beschluss, die Umweltbildung mit Schwerpunkt im außerschulischen Bereich - als integralen Bestandteil und als Instrument der Umweltpolitik - zu fördern, um die Menschen zu befähigen, sich an den für die Umsetzung der Agenda 21 notwendigen Lern- und Gestaltungsprozessen zu beteiligen.

Aus diesen politischen Willensbekundungen und den aus zahlreichen Gutachten, wie etwa dem Gutachten "Welt im Wandel" des "Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen" von 1995 und dem für das BMBF verfasste Gutachten "Umweltbildung als Innovation" (1997), wird deutlich, dass *den bisherigen Handlungsfeldern der Umweltbildung entscheidend erweiternde Prioritäten* gesetzt werden müssen, die sich im *Fundament* auf die *Vision einer nachhaltigen oder auch zukunftsfähigen, dauerhaft umweltgerechten Entwicklung* stützen. *Eine den bisher erreichten Stand und die aktuelle Entwicklung vorantreibende Stufe der Umweltbildung wird damit zum Zukunftsprogramm erhoben. Dies kommt einem Paradigmenwechsel in der Umweltbildung gleich.*

Das erweiterte Gesamtkonzept für die künftige Umweltbildung erfordert Strategien einer Innovationspolitik, die einerseits auf der Agenda 21 und den in ihrem Gefolge entwickelten Studien und Konzepten beruhen, andererseits viel stärker als bisher die Rahmenbedingungen für die Umweltbildung mit bedenken. So wurden bisher die Erkenntnisse zu hemmenden

und fördernden Bedingungen umweltgerechten Verhaltens und nachhaltiger Lebensformen in der Umweltbildung nicht hinreichend genutzt. Schon um ihrer Effektivität willen wird Umweltbildung künftig nicht ohne Bezug auf die Umweltbewusstseinsforschung, auf die Umweltpsychologie und -soziologie entwickelt und praktiziert werden können.

Eckpunkte für einer doppelte Strategie in der Umweltbildung

Die weiterentwickelte Perspektive der Umweltbildung wird im Gutachten "Umweltbildung als Innovation" als "kulturelle Wende" bezeichnet. Damit wird die entscheidende Einsicht der Sustainability-Debatte markiert. Man weiß, daß eine bloß natur- und technikbezogene Orientierung der Umweltbildung keinen Weg in eine nachhaltige Gesellschaft bietet. Effizienzsteigerungen, die Konsistenz von Stoffströmen sind unabdingbare, aber nicht hinreichende Voraussetzungen, um zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensformen zu gelangen. Viel stärker als dies bisher der Fall war, müssen wirtschaftliche, soziale und politische, mithin alle im kulturellen Kontext stehende Faktoren und Wissenschaften Beachtung finden. Denn die Sustainability-Debatte macht gerade die Dominanz der kulturellen Orientierungen und Faktoren in der Gestaltung der Wechselbeziehungen zwischen Anthroposphäre und Natursphäre deutlich.

Es wird eine *doppelte Strategie* vorgeschlagen:

1. Die bisherige Entwicklung der Umweltbildung muß fortgeschrieben und
2. die Weiterentwicklung in Hinblick auf eine Umweltbildung mit dem Fokus Sustainable Development auf den Weg gebracht werden.

ad 1.

Um die bisherige Entwicklung der Umweltbildung zu sichern und fortzusetzen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die der *besseren Verankerung und größeren Verbreitung* des erreichten Standes der Umweltbildung dienen. Das betrifft insbesondere:

- die Entwicklung von optimierenden Organisationsstrukturen bei der Realisierung von Umweltbildungsmaßnahmen in den einzelnen Bildungseinrichtungen, angefangen vom Kindergarten über die allgemeinbildende und berufsbildende Schule bis hin zu den Volkshochschulen, Umweltzentren und Akademien, der betrieblichen Ausbildung sowie anderen, freien Bildungsträgern und Initiativen,
- die Entwicklung effektiver Kommunikations-, Kooperations- und Netzwerkstrukturen,
- die Professionalisierung der Lehrenden in Schulen und Hochschulen, der ErzieherInnen, der MitarbeiterInnen, BeraterInnen und AusbilderInnen in den einzelnen Bildungseinrichtungen und Betrieben,

- die dauerhafte Kooperation zwischen verschiedenen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen in der Umweltbildung und zwischen Bildungseinrichtungen und kommunalen Einrichtungen sowie lokalen Unternehmen und Initiativen,
- die dauerhafte Bereitstellung und Verbreitung von Informationen und Materialien für die Umweltbildung,
- die Verankerung der Umweltbildung und der Notwendigkeit zur Kooperation in Rahmen- und Lehrplänen, Ausbildungs- und Studienordnungen,
- die verstärkte systematische Evaluation einzelner innovativer Projekte durch eine Verknüpfung von didaktischer Entwicklungsforschung und Innovationsforschung.

Für die *erweiterte* Umweltbildung, die sich der Idee einer nachhaltigen Entwicklung anschließt, international auch "Education for Sustainable Development" (ESD) genannt, gelten die beschriebenen Strategien zur Verankerung und Verbreitung des bisher erreichten Standes der Umweltbildung selbstverständlich auch.

ad 2.

Sich an der Agenda 21 und damit an der Leitidee des *Sustainable Development* zu orientieren, bedeutet für die Umweltbildung vor veränderten Aufgaben mit erweiterten Prämissen zu stehen:

- Dabei handelt es sich erstens um eine prinzipielle Grundorientierung der Umweltbildung: Dies sind die Ideen der globalen, der intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit.
- Zweitens werden mit den Analysen zum *sustainable development* exaktere Kriterien als bisher für eine sozial, ökonomisch und ökologisch verträgliche Entwicklung deutlich. Damit gewinnt die Umweltbildung Entscheidungshilfen für den Bedeutungsgehalt von Themen, Handlungs- und Problemfeldern, die ihr bisher oft fehlten.
- Drittens wird mit der Orientierung an der Agenda 21 deutlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen der Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit besteht. Zudem werden die Besonderheiten der jeweiligen lokalen Gegebenheiten sowie spezifischer Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Frauen begrüßenswerterweise stärker in den Vordergrund gestellt.

Die immer differenzierter werdenden Studien zur lokalen, nationalen und globalen zukunftsfähigen Entwicklung lassen präziser als bisher jene Themenfelder sichtbar werden, an denen in Zukunft verstärkt gearbeitet werden sollte.

Derzeit ergeben die Sondierungen folgende Themenfelder:

1. Thematiken, die sich auf die Rahmenbedingungen unseres Lebens, insbesondere auf Energie- und Stoffströme, Technikfolgeabschätzungen, Produktion, Transport und Medien beziehen:

- der Energiekonsum und die Formen der Energiegewinnung - speziell für Heizsysteme,
- das Mobilitätsverhalten – speziell der Gütertransport und der Individualverkehr auch im Freizeitbereich,
- das Ernährungsverhalten, speziell der hohe Fleischkonsum; ferner die heutigen Formen industrieller Lebensmittelproduktion,
- die heutigen Formen des Wohnens, des Wohnungs- und Siedlungsbaus sowie der dabei genutzten Materialien,
- die heutigen Formen der Produktion und Distribution und der damit verbundenen Energie- und Stoffströme.

2. Thematiken, die sich auf Konsummuster, Lebensstile und Wertvorstellungen beziehen:

- die heute vorherrschenden Lebensstile und die Leitbilder nachhaltiger Lebensstile,
- die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen von ökologischer, ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit,
- die Bedeutung von Design und Ästhetik für veränderte Konsum- und Lebensformen,
- die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interpretationen von Umwelt- und Gesundheitsrisiken.

3. Thematiken, die zur Kompetenzerweiterung und Handlungsfähigkeit im Sinne des *sustainable developments* beitragen:

- der Erwerb von Kommunikations-, Planungs- und Vernetzungskompetenzen zur Partizipation an der Entfaltung einer Kultur der Nachhaltigkeit,
- das Gewinnen von Einsichten in die Verflechtung zwischen lokalen Arbeits- und Lebensverhältnissen und der Dritten Welt,
- Vertrautheit mit den Ideen und Formen effizienter Produktion, konsistenter Stoffströme, dauerhafter Entwicklung und suffizienter Lebensformen,

- das Stiften von Bezügen zwischen der jeweiligen Bildungseinrichtung, den Akteuren und der Entfaltung einer Lokalen Agenda 21.

Der Umfang der Thematiken kann mit dieser Auflistung nicht als abgeschlossen gelten. Es sollte allerdings in der Umweltbildung in den genannten Feldern zu Schwerpunktsetzungen kommen.

Die thematische Weiterentwicklung in der Umweltbildung bedarf eines soliden Rückbezugs auf die Umweltbewusstseinsforschung ebenso wie der stärkeren Beachtung organisatorischer Rahmenbedingungen. Die Lehrenden und Beratenden selbst werden diese Rückbezüge in ihrer alltäglichen Praxis nur punktuell herstellen können. Sie benötigen hier Unterstützung durch die Bildungsverwaltung, durch entsprechend aufbereitete Lehr- und Lernmittel sowie eine hinreichende Ausstattung und Freiräume für eigenverantwortliches Handeln.

Man wird in der Umweltbildung

1. verstärkt auf die Motive für umweltgerechtes und umweltschädigendes Verhalten reflektieren müssen und damit Lebensstile, Gewohnheiten, gesellschaftliche Wertorientierungen und psychologisch analysierbare Motivlagen zu berücksichtigen haben.
2. jene für die Nachhaltigkeit entscheidenden Faktoren stärker thematisieren müssen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Umweltsituation haben.
3. systematisch didaktisch-methodische und organisatorische Innovationen erproben und verankern müssen. Dies betrifft etwa Mediationstechniken, Zukunftskonferenzen, Simulationen und Szenarien sowie andere moderne Methoden partizipativer Kompetenzerweiterung.
4. der Effektivierung der Umweltbildung mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Dies betrifft insbesondere ihre Wirksamkeit (Publizität, Bedeutungssteigerung, Orientierungsrelevanz) und - soweit möglich - die Wirtschaftlichkeit der Bildungseinrichtungen.
5. die Organisationsstrukturen der Einrichtungen, ob Kindergarten, Schule, Hochschule, Betrieb oder Umweltzentrum künftig in Richtung ihrer Ökologisierung (Verkehrsanbindung, Innen- und Außengestaltung, Stoffströme etc.) verändern müssen.
6. bei der Förderung solchen Konzepten den Vorzug geben müssen, die der Ökologisierung der Betriebe und Bildungseinrichtungen dienen.
7. intensiver auf die Entwicklung von Dienstleistungen achten müssen. Das heißt: Umweltbildungseinrichtungen und auch einzelne der Öffentlichkeit angebotene Umweltbildungsmaßnahmen sollen nach Kriterien.
8. der Wirtschaftlichkeit gestaltet werden, insbesondere unter Berücksichtigung zielgruppenspezifischer Ausrichtung und Beachtung der Effektivität.

Um die Weiterentwicklung der Umweltbildung gezielt voranzubringen, sollten insbesondere vielfältige Wege der Zusammenarbeit und Bündelung der Kräfte gesucht und entwickelt werden, die zur Effektivierung der Umweltbildung führen.

Dazu einige Beispiele:

- Für das Feld der *beruflichen Umweltbildung* ist eine Verbindung der inhaltlich ohnehin verflochtenen Problembereiche Umweltvorsorge, Umweltschutz, ökologisch sinnvolle Effizienz- und Permanenzsteigerung, Arbeitssicherheit, Prävention, Gesundheitsförderung ein verstärkt zu beschreitender Weg.
- Im *schulischen Feld* kann der Synergieeffekt im Ausbau von Kooperationen und im verstärkten außerschulischen Engagement liegen. Das betrifft nicht nur die Zusammenarbeit mit Umweltzentren etc., sondern auch das Engagement der Schulgemeinde im Kontext der Aktivitäten zu einer Lokalen Agenda 21.
- Ähnliches gilt auch für den *Hochschulsektor*: Die lokalen Rückbindungen und der Wissens- und Forschungstransfer zwischen Hochschule, anderen Forschungseinrichtungen, Wirtschaft, Kommune, Initiativen und Bürgern können erhebliche Synergieeffekte zur Folge haben. Daneben ist es sinnvoll, noch stärker als bisher problemorientierten Konzepten der Umweltbildung den Vorzug vor fachwissenschaftlich orientierten zu geben, um so eine inter- und transdisziplinäre Forschung und Lehre zu forcieren.
- Für die *Umweltzentren* und Umweltbildung im Rahmen der *Erwachsenenbildung* bietet sich eine stärkere Konzentration auf kommunale und lokale Initiativen im Sinne der Nachhaltigkeit und der Agenda 21 an. Umweltzentren können zum kommunikativen Fokus sowie Demonstrations- und Lehrzentrum für Nachhaltigkeit werden. Dabei bietet sich auch die Kooperation mit den ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen und Dienstleistern an.
- Die einzelnen Träger und Initiatoren von Umweltbildung können zudem untereinander aus der Kooperation - etwa bei der Entwicklung regionaler Initiativen im Agendaprozess Synergieeffekte gewinnen. Nicht zuletzt sind lokale, regionale, nationale und internationale Netzwerke hilfreiche Einrichtungen, deren gezielter Aufbau der Pluralität und Originalität der Umweltbildung stützen und dienen können.

Stützende Rahmungen

Ohne eine angemessene "Rahmung" wird die inhaltliche Weiterentwicklung der Umweltbildung mit dem Fokus auf *sustainable development* nicht gelingen können. Folgende stützende Maßnahmen sind dabei unabdingbar:

1. müssen - neben einer umfassenden Koordination in jedem Bundesland - in unterschiedlichen Regionen eines Landes möglichst viele *Einrichtungen* benannt werden, die mit *Verbreitungs- und Verankerungsaufgaben* betraut werden (z.B. Umweltpädagogisches Zentrum, Regionale Umweltzentren, gemeinnützige Verbände der Umweltbildung, Umweltzentren in freier Trägerschaft, Aus- und Fortbildungseinrichtungen, Einrichtungen der Hochschulen, Akademien

u.ä.). Diesen Einrichtungen sollte auch die Aufgabe zufallen, für Umweltbildungsmaßnahmen und die Ökologisierung der Bildungseinrichtungen durch eine umfassende Ansprache zu werben. Auf eine immer schon vorhandene Motivation kann man nicht setzen. Zudem hätten diese Einrichtungen Unterstützungsaufgaben für die Durchführung von Umweltbildungsmaßnahmen zu erfüllen.

2. *benötigt die Umweltbildung ein Informationsnetz und Möglichkeiten eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches*, mit deren Hilfe flächendeckend Informationen und Ergebnisse weitergegeben werden können. Die Informationsnetze werden freilich je nach Bildungsbereich unterschiedlich ausfallen. In diesem Kontext ist eine *Computervernetzung* zwischen Einrichtungen der Umweltbildung anzustreben. Zudem erfordert die Vielzahl der Aktivitäten zur Umweltbildung in Deutschland ein *leistungsfähiges Dokumentations- und Informationsnetz*, das national und transnational organisiert ist und für mehr Transparenz und Information über Materialien und Möglichkeiten der Umweltbildung sorgen kann.
3. sollten flächendeckende *Fortbildungen* für alle Lehrenden und Beratenden in der Umweltbildung etabliert werden, die hohen Qualitätsstandards genügen und zudem den Effekt der Maßnahmen evaluieren. Längerfristig ist eine standardisierte Zertifizierung der Lehrenden im Bereich der Umweltbildung anzustreben.
4. sollte eine konsequente Förderung innovativer Projekte durch Modellversuche im schulischen, außerschulischen und universitären Bereich angestrebt werden.
5. ist ein *Umweltbildungs-Forschungsprogramm* dringend erforderlich. Eine professionelle Umweltbildungsforschung wird benötigt, um einerseits den Ist-Stand der Umweltbildung überhaupt zu erfassen, zum anderen um in innovativen Feldern in Form summativer und responsiver Evaluation die Umweltbildung begleitend voranzubringen und den Effekt der Umweltbildung zu messen.
6. sollte es zu engen Abstimmungen zwischen einzelnen fördernden Instanzen, wie etwa dem BMBF, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, dem Umweltbundesamt, dem Bund, den Ländern sowie Kommunen und anderen Innovationsträgern kommen. Gemeinsam sollten einzelne modellhafte Projekte und Einrichtungen so ausgestattet und abgesichert werden, dass umfassende Reformvorhaben (etwa im Zusammenspiel von baulicher, methodischer, personeller und inhaltlicher Innovation von Bildungsgängen) möglich werden.